

Vereinbarung zwischen der
Marburger SPD, den Bürgern für Marburg
und der CDU Marburg
für eine kommunale Partnerschaft



Vereinbarung zwischen der Marburger SPD, den Bürgern für Marburg und der CDU Marburg für eine kommunale Partnerschaft

1 Diese Vereinbarung konzentriert sich auf die zentralen kommunalpolitischen Themen, und
2 geht von der erfolgreichen Zusammenarbeit für den Haushalt 2017 aus, die wir für den Haus-
3 halt 2018 fortsetzen.

4

5 Mit der Erkenntnis, dass Marburg eine strukturelle Verbesserung des Haushalts erreichen
6 muss, um weiterhin gestaltungsfähig zu bleiben, streben wir spätestens für 2019 einen min-
7 destens echt ausgeglichenen Haushalt an, der nicht mehr über die Rücklage ausgeglichen
8 werden muss und dieses Ziel ohne Erhöhung kommunaler Steuern erreicht. Bis zum Ende der
9 laufenden Wahlperiode 2021 sollen die jährlichen Investitionen 20 Millionen Euro nicht über-
10 schreiten und mindestens zur Hälfte aus dem Finanzmittelfluss finanziert werden. Wir wollen
11 dazu vor allem die Art der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben überprüfen und durch Struktur-
12 veränderungen so verbessern, dass die hohe Qualität für die Bürgerinnen und Bürger erhal-
13 ten wird und weitere Einschnitte in den freiwilligen Angeboten in Sport, Kultur, Sozialem und
14 gesellschaftlichem Zusammenhalt unterbleiben können.

15

16 Das Bildungsbauprogramm „BiBaP“ werden wir auf Grundlage der bisher gefassten Beschlüs-
17 se der Stadtverordnetenversammlung fortführen. Analog dazu wird ein Kindertagesstätten-
18 bauprogramm „KiBaP“ auf Grundlage eines Kindertagesbetreuungs-Entwicklungsplans aufge-
19 legt, um unter Berücksichtigung sozialräumlicher Bedarfe die hohe Qualität der Kindertages-
20 betreuung in Marburg zu garantieren. Wir streben eine engere Verzahnung von Jugendhilfe
21 und Schule und eine strukturelle Zusammenführung mit den Angeboten außerschulischer
22 Kooperationspartner an.

23

24 Wir wollen durch kooperative Sozialplanung gemeinsam mit Trägern, Betroffenen und Zivil-
25 gesellschaft die soziale Infrastruktur im Jugend- und Sozialbereich weiterentwickeln sowie
26 Ziele und Art der Umsetzung vereinbaren. Marburg wird „Gesunde Stadt“ und leistet auf
27 kommunaler Ebene Prävention, verbesserte Gesundheitsversorgung und Gesundheitsbil-
28 dung. Die Marburger Altenhilfe St. Jakob wird so aufgestellt, dass sie als kommunaler Anbie-
29 ter wirtschaftlich tragfähig und mit Tariflöhnen den Anspruch einer modernen Altenhilfe er-
30 füllen kann.

31

32 Wir stehen für den Erhalt eines breiten und vielfältigen Kulturangebots und wollen dieses mit
33 einer Neuauflage der Kulturentwicklungsplanung umsetzen.

34

35 Unsere Mobilitätspolitik berücksichtigt die Interessen aller Verkehrsteilnehmer/Innen, sorgt
36 für einen sinnvollen Ausgleich und setzt nicht auf Konfrontation. Es ist dabei kein Wider-
37 spruch, die Bedingungen des Radverkehrs und die Sicherheit von Fußgängern zu verbessern,
38 aber auch im Sinne einer gut zugänglichen Innenstadt angemessenen Parkraum sicherzustel-
39 len – gerade auch im Hinblick auf den demographischen Wandel und die Erreichbarkeit aus
40 den Außenstadtteilen. Angesichts der Schadstoffbelastungen sind ein attraktiver öffentlicher

41 Nahverkehr und die Förderung der Elektromobilität unabdingbar. Das Projekt Trambahn wird
42 weiterverfolgt.

43

44 Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum für alle. Dazu zählt sowohl Wohnungsbau in der
45 Kernstadt als auch, dass die Außenstadtteile zum Wohnen und Leben attraktiv bleiben. Wir
46 unterstützen daher neben der Entwicklung innerstädtischer Flächen eine Baulandentwicklung
47 mit Augenmaß, um auch den erforderlichen Neubau von Wohneinheiten zu ermöglichen, der
48 in der Innenstadt allein nicht leistbar ist.

49

50 Zur Förderung des Wirtschaftsstandorts Marburg streben wir den Ausbau von gut erschließ-
51 baren Gewerbeflächen an, auch in interkommunaler Form. Ein Standort-Entwicklungsplan für
52 die Oberstadt und eine Erweiterung von Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing sollen mit
53 klar definierten Zielen eine gesteigerte Attraktivität von Marburg als Wirtschafts-, Wohn- und
54 Einkaufsstandort und als touristisches Ziel erreichen.

55

56 Wir wollen die demokratische Teilhabe ausbauen und fördern dazu die Entwicklung des Kon-
57 zepthes zur Bürger/innenbeteiligung. Ziel ist es, eine neue Beteiligungskultur zu schaffen, die
58 eine größtmögliche, repräsentative Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen ermöglicht.

59

60 Die Dezerntenwahl erfolgt am 30. Juni 2017. Gewählt werden ein CDU-Bürgermeister und
61 eine sozialdemokratische Stadträtin. Wir prüfen, wann – soweit nötig und finanziell möglich –
62 eine Änderung der Hauptsatzung für eine vierte hauptamtliche Dezerntenstelle erfolgen
63 kann.

64

65 In den Punkten dieser Vereinbarung streben wir ein gemeinsames Verhalten an, erachten
66 aber ein abweichendes Verhalten bei anderen Themen nicht als Bruch der Vereinbarung.

67

68 Mindestens eine Woche vor Einreichungsfrist informieren sich die Partner über einzu-
69 reichende Anträge. Die drei Partner werden sich über solche Anträge rechtzeitig vorab infor-
70 mieren, bei denen abweichendes Stimmverhalten zu erwarten ist. Desgleichen sollen vor
71 öffentlichen Äußerungen zu strittigen Themen die jeweils anderen Partner informiert wer-
72 den.

73

74 Eine Koordinierungsrunde der drei Partner trifft sich immer am Montag der ersten Aus-
75 schusswoche, um sich abzustimmen.

Marburg, den 29. Mai 2017

Kirsten Dinnebier

Vorsitzende der Marburger SPD

Frédéric Schwindack

Vorsitzender der Bürger für Marburg

Dirk Bamberger

Vorsitzender der CDU Marburg

Matthias Simon

SPD-Fraktionsvorsitzender

Andrea Suntheim-Pichler

BfM-Fraktionsvorsitzende

Wieland Stötzel

CDU-Fraktionsvorsitzender